

Trump's Allianzen in Nahost

Zu: „Schlechter Deal“, FR-Meinung (Leitartikel) vom 29. Januar

Politische Mogelpackungen

Steven Geyer scheint kritisch zu hinterfragen, dass Israels Präsident Rivlin die Bundestags-Gedenkstunde für Bemerkungen zum umstrittenen Nahost-Plan der USA nutzte. Fügt dann aber hinzu: „Das Wunder dieses Tages aber überflügelt die Tagespolitik: Es besteht darin, dass Israel Deutschland als Partner, Mitstreiter und Freund sieht.“

Ist das wirklich ein Wunder? Kann man nicht sagen, dass Präsident Rivlin die unerschütterliche Solidarität Deutschlands mit Israel missbraucht hat, um abzulenken von den berechtigten Interessen der Palästinenser? Ähnlich wie Trump und Netanjahu den „Deal des Jahrhunderts“ als Friedensplan für Nahost verkaufen, wo es beiden eher um Wahlkampf und Ablenkung von innenpolitischen Problemen geht?

Gregor Böckermann, Neu-Isenburg

Deutschland und die USA als Parteigänger Israels

Donald Trump und Benjamin Netanjahu haben es eilig, denn jeder der beiden hat einen Prozess und eine Wahl vor sich. Da möchten beide Herren blitzschnell ihr politisches Erscheinungsbild aufpolieren, aber das Ergebnis ihre Bemühungen ist eine Katastrophe. Der von beiden erarbeitete Nahost-Friedensplan ist zum Scheitern verurteilt.

Die USA sind immer Parteigänger Israels gewesen. Sie sind deshalb als Vermittler zwischen Juden und Arabern völlig ungeeignet. Das sollten Trump und Netanjahu wissen, aber die gemeinsame Notlage hat sie dazu veranlasst, ihre politische Vernunft durch Wunschdenken zu ersetzen. Wir können von Glück sagen, wenn die Verzweiflungstat Trumps und Netanjahus keinen weiteren Nahostkrieg erzeugt.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen wäre gut beraten, wenn er in der jetzigen ausgewogenen Situation eine Persönlichkeit als Nahost-Vermittler beruft, die es sich bisher weder mit den Juden noch mit den Arabern verdorben hat; anders formuliert: die sowohl das Vertrauen der Juden als auch der Araber besitzt, und diese Persönlichkeit mit der Lösung des Nahostkonfliktes beauftragt.

Deutschland sollte in dieser Situation in seinem permanenten Streben nach mehr Verantwortung in der Welt den Juden und den Arabern besser nicht seine „guten Dienste“ anbieten, denn Deutschland kann sich aufgrund seiner Vergangenheit in einer Vermittlerrolle zwischen Juden und Arabern nie allzu weit von israelischen Interessen entfernen. Das würde genau so misslingen wie die holprige Aktion von Trump und Netanjahu.

Otfried Schrot, Ronnenberg

Diskussion: frblog.de/nahostplan

Mit dem Bus an die Front

Wehrbeauftragter: „Bundeswehr wankt“, FR-Meinung vom 29. Januar

1964–1966: Panzergrenadiere (SPZ) hatten lange Zeit keine Schützenpanzer. Der damalige Verteidigungsminister Franz Josef Strauß hatte sich entschlossen, in großem Umfang den Schützenpanzer HS30 anzuschaffen, von dem es, wie es hieß, zu diesem Zeitpunkt lediglich ein Holzmodell (!) gab. Die Truppe übte – wie heute – mit VW-Bussen im Gelände. Das Blechkleid wurde allerdings einem HS30 nachempfunden (immerhin). Hat sich also nichts geändert? Doch, aber zum Schlechteren. Wir hatten damals immerhin genügend Unterwäsche, vom Bund gestellt! Dies nur als Beispiel.

Wie können es Parlament und Verteidigungsministerin wagen, die Truppe in gefährliche Krisengebiete zu schicken und erweitertes militärisches Engagement innerhalb der Nato anzubieten, wohl wissend, dass diese Truppe mangelhaft ausgerüstet und nur unzureichend mit Führungskräften ausgestattet ist. Das ist menschenverachtend und unserer Staatsform nicht angemessen. So verhält sich allenfalls ein Duodezfürst!

Hermann Strohmeyer,
Hauptmann der Reserve,
Friedrichsdorf

Alle Leserbriefe dieses Leserforums sind online unter frblog.de/20200203

Russland und die Medien

Zu: „Putin entdeckt den Geschichtsschreiber in sich“, FR-Politik v. 29.01.

Deutschen Medien scheint es schwerzufallen, sachlich über Russland, Präsident Putin und Außenminister Lawrow zu informieren. Die FR ist da leider keine Ausnahme.

Beliebt sind Aussagen, dass die russische Außenpolitik aggressiv sei – dabei versteht sich von selbst, dass die Außenpolitik Deutschlands, europäischer Staaten und der Nato friedlich bzw. defensiv sei; gern „vergessen“ werden dabei Beispiele wie Jugoslawien, Irak, Afghanistan („Hindukusch“), Libyen oder Syrien, die Nato-Osterweiterung und vieles mehr.

Eine andere Variante ist, ironisch-herablassend zu berichten. Diese Methode wendet Stefan Scholl an. Bei der Diskussion um die Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg erwähnt er nur kurz die unsägliche Resolution des Europäischen Parlaments vom 19. September 2019: Darin heißt es u. a., mit dem „Molotow-Ribbentrop-Pakt [...] haben die beiden totalitären Regime [...] dem Zweiten Weltkrieg den Weg bereitet“. Diese Gleichsetzung der Schuld von Deutschland und der Sowjetunion am Weltkrieg wird nicht kritisch reflektiert. Aber Putins Auseinandersetzung mit dieser Behauptung sei „ausufernd“, er halte eine „Vorlesung vor acht geduldigen Vertretern“, er „versucht [...] aufzutrumpfen“, sein Geschichtsbild „wirkt neosowjetisch“; und er versucht, „der



Putin stets vor Russland.

DPA

Welt“ seine „historische Positionen [...] zu diktieren“. Wieso fällt es so schwer, die Inhalte von Putins Ausführungen sachlich darzustellen – denn die werden erstaunlich kurz abgehandelt?

Völlig unverständlich für mich aber ist die Aussage (nachdem auf deren 27 Millionen Tote verwiesen wurde), die Sowjetunion „war wiederum verantwortlich für 3,8 Millionen Tote aufseiten der Wehrmacht“. Die Sowjetunion verteidigte sich gegen einen verbrecherischen Krieg und ist dann für die Toten des Angreifers „verantwortlich“? Und das Schändliche dieser Verteidigung belegt Scholl mit der direkt anschließenden Aussage, dies seien „weit über zwei Drittel aller Opfer der Wehrmacht“. Diese Zusammenschau ist schwer erträglich.

Wann endlich lernen deutsche Politiker/-innen und Medien, dass Russland ein bedeutender Teil Europas ist und dass es keine friedliche Alternative zu einem gutnachbarlichen Verhältnis gibt? Gert Sommer, Marburg

HP_0LES02FRDA - B_180334

